

Wir 25 Ministerinnen und Minister europäischer Regionen fordern EU-Staats- und Regierungschefs auf, die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu senken.

Wir haben das Übereinkommen „Under2°“ unterschrieben, weil wir entschlossen sind, mehr Wohlstand für alle zu schaffen und gleichzeitig unsere natürliche Umwelt zu schützen. Unsere Regionen repräsentieren 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger mit einem Gesamt-BIP von über 2,8 Billionen Euro. Wir begrüßen den Vorstoß der Europäischen Kommission die Ziele des Europäischen Grünen Abkommens in den Mittelpunkt ihres mutigen Konjunkturpakets zu stellen.

Angesichts der sich aus der COVID-19-Pandemie ergebenden wirtschaftlichen Herausforderungen ist es wichtig, dass wir nachhaltig handeln. Wir haben bereits die Lösungen, um uns an den Klimawandel anzupassen und diesen zu mildern. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir jetzt auf diese Lösungen zurückgreifen. Untersuchungen zeigen, dass jede Investition von über 885 000 Euro, die von brauner auf grüne Energie verlagert wird, zu einem Nettozuwachs von fünf Arbeitsplätzen führen wird. Daher sind wir der festen Überzeugung, dass der Europäische Green Deal als Wachstumsstrategie Europas fungieren kann: den Aufbau einer ressourceneffizienten, widerstandsfähigen europäischen Wirtschaft und die Gewährleistung von Stabilität und Wohlstand für künftige Generationen. Die dem Übergangsfonds zugewiesenen Mittel sind unerlässlich, um den Auslaufplan für fossile Brennstoffe zu unterstützen und die Übergangsphase zu sauberer erneuerbarer Energien zu beschleunigen.

Wir können es uns jedoch nicht leisten, selbstgefällig zu sein, denn es ist klar, dass unsere Aufgabe erst am Anfang steht: Die harte Arbeit beginnt jetzt, um unsere Gesellschaft und unseren Planeten gesünder zu machen.

**Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, das EU-Ziel für die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 auf mindestens -55 % auszurichten.**

Unsere Anstrengungen konzentrieren sich sogar darauf, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu halten. Als Regionalregierungen setzen wir Klimaneutralitätsstrategien um, berichten jährlich über unsere Klimaziele und –maßnahmen im Verkehrs-, Industrie-, Abfall- und Gebäudesektor.

Wir sind uns jedoch bewusst, dass jetzt tiefgreifende und dringende Veränderungen erforderlich sind, wenn wir die Emissionen in einem Jahrzehnt halbieren wollen und Klimaneutralität im Jahr 2050 erreichen wollen. Wir haben viele der technologischen Lösungen zur Verfügung, um in die nachhaltige Wirtschaft der Zukunft zu investieren – wir müssen zusammenarbeiten, um ihr Potenzial auszuschöpfen. Wir fordern daher die EU-Mitgliedstaaten auf, sich uns anzuschließen.

[Unterzeichnung durch die folgenden Regionalgouverneure und Minister Europas:](#)

- Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau von Niederösterreich
- Nicola Campitelli, Minister für Stadtplanung und Territorium, Maritime Domäne, Landschaften, Energie und Abfall für die Abruzzen
- Alonso Teixeira Miguel, Regionalsekretär für Umwelt und Klimawandel der Azoren
- Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energie in Baden-Württemberg
- Juan Pedro Yllanes Suárez, Vizepräsident und Minister für Klimawandel und produktive Sektoren der Regierung der Balearen
- Ignacio Arriola, Minister für Umwelt, Raumordnung und Wohnungsbau im Baskenland
- Dr. Maike Schaefer, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Freien Hansestadt Bremen
- Damié Calvet, Minister für Territorium und Nachhaltigkeit für Katalonien
- Tjisse Stelpstra, Ministerin für Energie und Klima, deutsche und EU-Angelegenheiten für Drenthe
- Elly Schlein, Vizepräsidentin der Emilia Romagna
- Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Hessen
- Elise Ryder Wikén, Kommissarin, Präsidentin des Ausschusses für regionale Entwicklung von Jämtland Härjedalen
- Jaakko Mikkola, Regionalbürgermeister von Kymenlaakso, Regionalrat von Kymenlaakso
- Raffaele Cattaneo, Minister für Umwelt und Klimawandel der Lombardei

- Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bau und Klimaschutz Niedersachsen
- Susana Lusa Rodrigues Nascimento Prada, Regionalsekretärin für Umwelt, Naturschutz und Klimawandel der Insel Madeira
- Itziar Gémez Lépez, Regionalminister für ländliche Entwicklung und Umwelt für Navarra
- Gianni Lampis, Minister für Umweltschutz Sardinien
- Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung schleswig-holsteinischer
- Roseanna Cunningham MSP, Ministerin für Umwelt, Klimawandel und Landreform, Schottische Regierung
- Anja Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz des Freistaates Thüringen
- Tonje Brenna, Regierender Bürgermeister des Kreises Viken
- Lesley Griffiths, Minister für Umwelt, Energie und Angelegenheiten des ländlichen Raums für Wales
- Philippe Henry, Vizepräsident und Minister für Klima, Energie und Mobilität wallonischer Herkunft
- Jeannette Baljeu, Ministerin für Industrie, EU und internationale Angelegenheiten für Zuid-Holland